



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

23. Jg. Nr. 2
April 2017

Editorial

Demokratie stimmt

Ob er Recht hat, Bodo Hombach, mit seiner politischen Analyse? Das politische Schwergewicht erklärte im Interview mit dem Bonner General-Anzeiger Anfang April 2017: "Die demokratischen Systeme und die Reifheit der Menschen sind stark genug, dass sie bei Fehlentwicklungen wach werden und sagen: Jetzt können wir nicht mehr dösen."

Diese Salzkörner erscheinen zwar als reguläre Ausgabe, sind im Grunde aber eine besondere Nummer: Wir haben elf Persönlichkeiten gebeten, Stellung zu beziehen zu den Themen, um die es aus unserer Sicht bei der Bundestagswahl geht.

Die Beiträge zeigen, dass "Demokratie stimmt", weil die Demokratie für uns Christen und für uns Staatsbürger ein hohes Gut ist.

Unsere Vollversammlung wird in wenigen Tagen den Aufruf "Farbe bekennen für die Demokratie!" verabschiedet und unsere Internetkampagne "Demokratie stimmt" starten. Der Text und die Kampagne wollen aufrütteln und wach machen – siehe oben.

Stefan Vesper

PS: Was aus Verbänden, Organisationen, Werken und Diözesanen Räten an Initiativen zur Wahl vorgelegt wird – es sind inzwischen schon rund 100 Beispiele, Texte und Anregungen – dokumentieren wir auf <http://www.zdk.de/wahl-2017/>

Inhalt

Heimatland mit Herz – Europa mit Herz	2
Martin Kastler	
Wo beginnt die Diktatur des Zeigbaren?	3
Monika Grütters	
Die Emanzipation der Frauen – Bewegen wir uns noch oder stehen wir längst still?	4
Cassandra Speer	
Flüchtlingsschutz – nicht nur eine moralische Pflicht	5
Kerstin Düsch	
Jetzt erst recht: Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland	6
Cemile Giousouf	
Religionsunterricht: Debatte als Chance begreifen	7
Bettina Jarasch	
Integration funktioniert, wenn sich alle ändern?!	8
Gabriele Erpenbeck	
Für einen ambitionierten Klimaschutz!	9
Michael Lentze	
Wohlstand durch Welthandel – für uns und für diejenigen, die unserer Solidarität bedürfen!	10
Martin Wilde	
Gleichberechtigung im Lebensverlauf stärkt Familien	11
Nadine Mersch	
Werben für das Geschenk des Lebens	12
Olaf Tyllack	

2 Europa Deutschland

Heimatland mit Herz – Europa mit Herz

Beides verbunden widerspricht sich nicht, sondern schenkt Freiheit und Gemeinschaft

Nach der Entscheidung für den Brexit sind die Zustimmungswerte zur Europäischen Union in den letzten Monaten wieder angestiegen. Europaweit und auch in Großbritannien. Was sind die Gründe, wenn sich generationenübergreifend wieder mehr Menschen für einen Verbleib in der EU aussprechen? Die Zustimmungquote unter den jungen Europäern war und ist weiterhin hoch.¹

Mit #pulseofeurope ist eine Bürgerinitiative entstanden, die betont, dass die Europäische Union als Institution reformbedürftig sei, aber gleichzeitig eben auch reformfähig, und sie sei das beste Konstrukt "zur Bewahrung eines Bündnisses zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung von individueller Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit"². Menschen schwenken die europäische Fahne und lassen für diesen Moment die Landesfahne zu Hause. Gibt es neben einer nationalen Identität eine erkennbare europäische Identität?

Ja, davon bin ich überzeugt. Der europäische Gedanke ist kein bürokratisches Konstrukt. Es ist die Idee eines gemeinsamen Weges, um Frieden zu sichern und die Grundwerte – allen voran die Menschenwürde – zu gewährleisten. Für dieses Ziel kann ich mich als Bürger begeistern und mich mit diesem identifizieren. Ich erlebe Europa. Ich verbinde es mit Menschen, Orten und Gewohnheiten. Wenn Bürgerinnen und Bürger Europas diese Bezüge aufbauen, dann wird Europa zu einem Stück Heimat. Und das unabhängig von bzw. ergänzend zu einer Liebe zum Heimatland.

Die Europäische Union ist vergleichbar mit einer Familie. Es gibt gewisse Werte, die dem gemeinsamen Miteinander zugrunde liegen. Auf diese müssen sich Eltern und

Kinder von Zeit zu Zeit neu verständigen, z. B. dann, wenn neue Personen hinzukommen. Darüber hinaus gibt es viele andere Themen, die ausgehandelt werden müssen. Hierfür braucht es eine große Kompromissbereitschaft und die Annahme, dass andere Recht haben könnten – wie es Bundespräsident Steinmeier bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament formulierte. Nur dann funktioniert das Miteinander in einer Familie.

Und genau so ist es auch in Europa. Wir müssen uns immer wieder neu unserer gemeinsamen Werte vergewissern, auf deren Basis wir gemeinsam handeln wollen. Es braucht die Bereitschaft bei den Verantwortlichen wie bei den Bürgerinnen und Bürgern, für diese Werte einzustehen. Auf dieser Grundlage können wir dann das Zusammenleben gestalten, damit die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte auch in Zukunft als verbindende Werte gelten.

Die Europäische Idee hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Rückschläge weggesteckt. So müssen wir auch jetzt aus der Krise lernen und Menschen neu begeistern für die Europäische Idee. Sie ist kein Ersatz für mein Heimatland, sondern eine sinnvolle Ergänzung.

So spricht nichts dagegen, sondern es ist vielmehr ein konstituierendes Element Europas, dass wir bei den nächsten Fußball-Europameisterschaften wieder unsere Nationalflaggen schwenken. Gleichzeitig können wir mit Herzblut hinter der Europäischen Idee stehen und für sie eintreten. Heimatland mit Herz – Europa mit Herz. Das ist kein Gegensatz und viele Menschen leben bereits heute selbstverständlich diese verschiedenen Identitäten. Beides verbunden widerspricht sich nicht, sondern schenkt Freiheit und Gemeinschaft. Das ist unsere Zukunft, und nur so haben wir die Kraft, im Weltgefüge eine Rolle zu spielen.

Für mich persönlich ist Franken meine Heimat, Deutschland mein Vaterland und Europa unsere Zukunft.

¹ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_flashlight_europe_2017_02_DT.pdf, Aufruf 5. April 2017

² <http://pulseofeurope.eu/>, Aufruf 5. April 2017

| **Martin Kastler MdEP a. D.** |

Sprecher des Sachbereichs "Europäische Zusammenarbeit und interkulturelle Fragen" des ZdK

Freiheit Kunst

Wo beginnt die Diktatur des Zeigbaren?

Über das Korrektiv einer Gesellschaft

Es ist eine Schlüsselszene in "Taxi", dem Film des mit Berufsverbot belegten iranischen Regisseurs Jafar Panahi, der auf der Berlinale 2015 mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet wurde: Hana Saedi liest ihrem Onkel die Regeln für einen "zeigbaren" Film im Iran vor, die ihre Lehrerin der Klasse für ein schulisches Filmprojekt mit auf den Weg gegeben hat. Zu diesen Regeln gehören skurrile Spitzfindigkeiten – die Guten dürfen niemals Krawatte tragen – ebenso wie selbstwidersprüchlich anmutende Vorschriften. Filme sollen die Realität zeigen, aber nicht, wenn sie hässlich ist, denn dann ist es "Schwarzmalerei". Der "zeigbare" Film ist ein Werkzeug in den Händen der Herrschenden zur Instandhaltung eines politisch gewünschten Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Wie weit kann, darf, muss Kunst gehen und wo ziehen wir, wenn überhaupt, Grenzen künstlerischer Freiheit? Diese Fragen beschäftigten spätestens nach den von Islamisten verübten Anschlägen auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo ganz Europa.

Jafar Panahis Film legt eine andere Perspektive nahe: Statt zu fragen, wo die Freiheit der Kunst endet, sollten wir vielleicht zunächst darüber nachdenken, wo die Diktatur des Zeigbaren beginnt. Sie beginnt dort, wo die künstlerische Freiheit mit einem "Aber" versehen wird, hinter dem politische Machthaber, gesellschaftliche Gruppen oder auch Einzelne ihr Terrain für sakrosankt erklären und diejenigen, die diese Grenzen nicht respektieren, Repressalien befürchten müssen. Eben deshalb traf der Anschlag auf ein Satiremagazin ganz Europa ins Mark: weil die Angst um Leib und Leben, die von solchen Attacken ausgeht, die effektivste Form einer Diktatur des Zeigbaren und Sagbaren in den Köpfen verankern kann – die Selbstzensur.

Die Freiheit der Kunst ist die Freiheit des Künstlers, ein "Aber" ohne Furcht zu ignorieren. Das bedeutet nicht, dass Kunst alles darf. Wo die Kunstfreiheit mit anderen demokratischen Grund- und Freiheitsrechten in Konflikt gerät, müssen im Zweifel Gerichte abwägen und entscheiden. Und selbstver-

ständiglich müssen Künstler, die mit ihren Werken und Äußerungen provozieren, auch Widerspruch und Kritik ertragen. Doch eine Kunst, die sich festlegen ließe auf die Grenzen des politisch Wünschenswerten, eine Kunst, die den Absolutheitsanspruch religiöser Wahrheiten respektierte, die das überall lauende Risiko verletzter Gefühle scheute, die gar einer bestimmten Moral oder Weltanschauung diene – eine solchermaßen begrenzte oder domestizierte Kunst würde sich nicht nur ihrer Möglichkeiten, sondern auch ihres Wertes berauben.

Gerade Deutschland, das sich Demokratie und Freiheit nach der nationalsozialistischen Barbarei mühsam wieder erarbeiten musste, hat die Freiheit der Kunst aus gutem Grund in den Verfassungsrang erhoben. Die Kunstfreiheit – das ist die Lehre, die wir aus zwei Diktaturen gezogen haben – ist wie die Meinungsfreiheit konstitutiv für eine Demokratie. Kreative und Intellektuelle sind das Korrektiv einer Gesellschaft. Mit ihren Fragen, ihren Zweifeln, ihren Provokationen beleben sie den demokratischen Diskurs und sind so imstande, unsere Gesellschaft vor gefährlicher Lethargie und damit auch vor neuerlichen totalitären Anwendungen zu bewahren. Nicht umsonst fürchten jene, die ihre Macht dem bösen Spiel mit diffusen Ängsten und niederen Instinkten verdanken, nichts so sehr wie die gewaltigen Kräfte der Kunst: die Fähigkeit der Kunst, zu berühren; ihre Kraft, Schweigen und Tabus zu brechen; ihr Vermögen, die Sehnsucht nach einem anderen Leben, nach einer besseren Welt zu wecken; ihren Ehrgeiz, nicht Rädchen, sondern Sand im Getriebe der Politik zu sein.

Allein schon deshalb lohnt es sich, die Spannungen auszuhalten zwischen der Freiheit der Meinung und Verunglimpfung, zwischen der Freiheit der Presse und Verleumdung, zwischen der Freiheit der Kunst und verletzten (religiösen) Gefühlen. Nicht zuletzt das Erstarken der Populisten jedenfalls sollte uns den fundamentalen Wert unserer Freiheitsrechte für die Demokratie einmal mehr bewusst machen. Denn – so befand der Dichter Jean Paul schon vor 200 Jahren: "Eine Demokratie ohne ein paar Widerspruchskünstler ist undenkbar."

| Prof. Monika Grütters MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
Sprecherin des Sachbereichs "Bildung, Kultur und Medien" des ZdK

Die Emanzipation der Frauen

Bewegen wir uns noch oder stehen wir längst still?

Im Jahr 2017 ist es für viele Mädchen und Frauen in einigen Teilen der Welt selbstverständlich, in der Gesellschaft beinahe vollkommen gleichberechtigt zu sein. Noch vor hundert Jahren war dieses Verständnis undenkbar und auch heute werden diese fundamentalen Rechte nicht weltweit allen Frauen zugesprochen.

Zu einem ersten fundamentalen Umbruch im Bereich Familie und Geschlechterbeziehungen kam es in Zuge der Französischen Revolution. Getrieben von dem Wunsch einen gesamtgesellschaftlichen Wandel zu erreichen, kam es am 5./6. Oktober 1789 zum Marsch der Pariserinnen. In diesem Zusammenhang lässt sich bereits das Problem erkennen, das dem politischen Aufbegehren von Frauen immer beschieden war: Sie mussten bestehende Tabus und gesellschaftspolitische Regeln brechen, um überhaupt Gehör zu finden.

In Deutschland verbalisierten Frauen erstmals ihre Interessen öffentlich bei der Märzrevolution 1848. Dabei waren Frauen in vielfacher Weise an den revolutionären Bemühungen jener Zeit beteiligt. Nach dem Scheitern der Revolution verfestigte sich das bis dahin etablierte Geschlechterbild. Erst die Geschehnisse des 20. Jahrhunderts ließen ernsthafte politische Umwälzungen in Deutschland und anderswo für Frauen zu, insbesondere das Wahlrecht (1918) und die gesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz gemäß Art. 3, Abs. 2. Bis es allerdings in den einzelnen gesellschaftlichen Schichten und Institutionen zu eben dieser tatsächlichen Gleichberechtigung kam, waren weitere Debatten und Jahrzehnte notwendig. Abgeschlossen ist dieser Prozess bis heute nicht.

Wer denkt, dass die zurückliegenden Jahrzehnte eine vollkommene Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft bewirkt hätten, der fehlt weit. Denn nach Angaben des Statistischen Bundesamts verdienten 2015 Frauen rund 21 Prozent weniger an Bruttoeinkommen als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Leistung und Qualifikation. Dieses Phänomen lässt sich quer durch alle Branchen beobachten.

Auch die Diskussion um die gesetzliche Frauenquote in deutschen Unternehmen muss skeptisch betrachtet werden. Frauen wie Männer sollten aufgrund ihrer Qualifikationen einen Posten erhalten und nicht zwangsverordnet über eine wahllose Quote. Allerdings muss man bei vielen Unternehmen fragen, wer genau diese Qualifikationen bestimmt und ob in diesem Zusammenhang nicht auch ein männliches Übergewicht vorhanden ist. Noch unverständlicher ist, dass nach Untersuchungen der Universität Bielefeld u. a. aus dem Jahr 2010 zufolge, Frauen ein niedrigeres Einkommen akzeptieren.

Gescheiterte Konzepte wie das Betreuungsgeld (Herdprämie) lassen erkennen, dass auf Gleichstellung ausgerichtete Familien- und Geschlechterkonzepte nach wie vor von rückwärtsgewandten Ideen bestimmt werden.

Politisch nachdenklich stimmen momentan insbesondere die Positionen der Alternative für Deutschland (AfD), die sich in ihren Programmentwürfen und Leitlinien bezüglich Familien- und Geschlechterpolitik durchweg antifeministisch, völkisch-national und rassistisch zeigt. Die Reduzierung von Frauen auf ein schlichtes Mutter- und Ehefrau-Dasein ist ein Armutszeugnis für das 21. Jahrhundert, ebenso wie ihr verzerrtes Verständnis von Gender Mainstreaming. Erschreckenderweise ist die AfD mit derlei Positionen nicht allein, man erinnere sich an die vulgären und abwertenden Äußerungen von Donald Trump über Frauen oder die geplante Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen.

Der Women's March on Washington am Tag nach Donald Trumps Amtseinführung zeigte, dass Frauen keineswegs zurückschrecken, um gegen die aktuellen Rückwärtstrends in punkto Gleichberechtigung ihre Stimmen zu erheben. Diese Entschiedenheit von Frauen wäre in vielen anderen Bereichen, in denen sie benachteiligt werden, wünschenswert und notwendig.

Der Anfang ist gemacht, das Ende noch lange nicht!

| **Cassandra Speer**
Ruhr-Universität Bochum

Menschenwürde

Flüchtlinge

Flüchtlingsschutz – nicht nur eine moralische Pflicht

Auf die Haltung kommt es an

In der aktuellen Debatte steht immer wieder die Frage im Mittelpunkt, ob es eine Pflicht zur Aufnahme von Schutzsuchenden gibt. Betont wird häufig, dass nur politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl genießen würden. Auch die Vorstellung, bei der Aufnahme von Flüchtlingen handele es sich allenfalls um einen Gnadenakt wird immer wieder vertreten. Beispielhaft für diese Ansicht ist die Weigerung insbesondere osteuropäischer Staaten, Schutzsuchende aufzunehmen, vor allem, wenn es sich dabei um Muslime handelt.

Der Behauptung, es gäbe keine Pflicht zur Aufnahme von Schutzsuchenden, ist jedoch aus moralisch-ethischer und rechtlicher Perspektive entgegenzutreten. So kennt gerade das Christentum eine moralische Pflicht, Schutzsuchende aufzunehmen und ihnen zu helfen; die Fürsorge für Flüchtlinge und Migranten gehört zum Selbstverständnis der Kirche.

"Die christliche Identität tritt gerade dann besonders deutlich zutage, wenn jede Person, die in unserem Land Zuflucht sucht, menschenwürdig behandelt wird."¹

Bereits das Gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht "... und der Fremdling, der in deinen Toren ist" hebt hervor, dass es unter den Geboten Gottes nur wenige gibt, "die dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen an Gewicht und Eindeutigkeit gleichkommen."² In der Bibel finden sich in diesem Zusammenhang immer wieder Hinweise auf die Erfahrungen, die das Volk Israel in der Fremde gemacht hat. Aus dem wohl bekanntesten Zitat "Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen" (2. Mose/Ex 23,9) wird abgeleitet, dass sich das Volk Israel in die Situation der Fremden hineinversetzen kann und mit Fremden so umzugehen hat, wie es Gottes Wille ist.³ Mehr noch: Das Neue Testament stellt den Umgang

mit Fremden und Obdachlosen im Bild vom Weltgericht an eine zentrale Stelle des christlichen Glaubens. Jesus selbst sagt: "Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen" (Mt 25,35).

Neben diesen religiös begründeten ethischen Erwägungen, die jedoch weder Staaten noch Staatengemeinschaften binden, ist der Schutz von Flüchtlingen auch im Völkerrecht fest verankert.

Grundlage ist die sogenannte "Genfer Flüchtlingskonvention" von 1951, ergänzt um das "Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" (1967). Hier werden sowohl die Pflichten der Vertragsstaaten als auch die Rechte und Pflichten der Flüchtlinge geregelt. Für sie soll insbesondere die Wahrung der Menschenrechte gewährleistet werden. Im Lauf der Zeit sind 149 Staaten der GFK und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten⁴ und haben sich so den gemeinsamen Prinzipien des Flüchtlingssschutzes unterworfen. Sie haben bewusst gemeinsame Standards für den Flüchtlingssschutz entwickelt, um ein Mindestmaß an Sicherheit für die Schutzbedürftigen zu garantieren.

Darüber hinaus hat auch die Europäische Union eigene rechtliche Grundlagen geschaffen, um vor allem Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge zu schützen, die keine individuellen Verfolgungsgründe geltend machen können ("subsidiärer Schutz"). Das deutsche Asylrecht setzt diese völker- und europarechtlichen Vorgaben in innerstaatliches Recht um. Die katholische Kirche setzt sich auch deshalb dafür ein, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wieder ermöglicht wird.

Man mag um die konkrete Ausgestaltung des Flüchtlingsrechts und um eine Umsetzung in die Praxis in den Staaten oder an den Grenzen politisch streiten – daran, dass der Schutz von Flüchtlingen sowohl ethisch als auch rechtlich geboten ist, kann kein Zweifel bestehen.

| Kerstin Düsich

Juristische Referentin im Commissariat der deutschen Bischöfe

1 Aus den Leitsätzen des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge, abrufbar unter: http://www.dbk-shop.de/media/files_public/gxtylirn/DBK_5282.pdf

2 "... und der Fremdling, der in deinen Toren ist", Gemeinsame Texte Nr. 12 (1997), S. 45.

3 Ebd.

4 Abrufbar unter: http://www.unhcr.de/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_1/FR_int_vr_GFK-Liste_Vertragsstaaten.pdf

Jetzt erst recht!

Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland

Die Zukunft des Islams in Deutschland und das Miteinander von Christen und Muslimen bewegt mich sehr und seit langem. Es stimmt, dass ein sehr kleiner Teil der Muslime in Deutschland gewaltbereite Extremisten sind, deren Auffassung nicht mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist. Dies muss offen angesprochen werden. Wir müssen aber genauso entschieden denen entgegentreten, die "den Islam" als monolithischen Block und per se als Gefahr für unsere Gesellschaft darstellen.

Die politischen Konflikte der muslimischen Welt sind religiös gefärbt, innerhalb des Islam ringen die Gläubigen um ihr Selbstverständnis und das Verhältnis des Islam zu Säkularismus und Moderne. Der vermeintliche (global geführte) Konflikt zwischen Muslimen und Christen treibt populistische Akteure von Donald Trump bis zur AfD an. Ein zentraler Schritt ist, sauber zu differenzieren, komplexe Sachverhalte auch als solche darzustellen und populistischen Stimmen zu widersprechen, wie ich es in einem Streitgespräch mit Frauke Petry zum Islam getan habe. Wir müssen uns generell Gedanken machen, wie wir unser Demokratieverständnis verteidigen und noch offensiver dafür arbeiten, Menschen mit Migrationsgeschichte in den deutschen Parteien eine politische Heimat zu bieten. Ich bin überzeugt, dass wir in Deutschland, wie kaum ein anderes westliches Land, in der Lage sind, die Fähigkeit des friedlichen Zusammenlebens der Religionen unter Beweis zu stellen und eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Durch die Deutsche Islamkonferenz, den bekenntnisorientierten Islamunterricht an deutschen Schulen und der Etablierung islamischer Theologie an Hochschulen, die maßgeblich von christdemokratischen Bildungsministerinnen vorangetrieben wurde, wurde muslimisches Leben in Deutschland gestärkt. Zudem ist eine neue Generation von Lehrenden und Studierenden herangewachsen, die auch theologisch aktiv Brücken zwischen den Traditionen des Islam und unseren Grund- und Menschenrechten baut. Die Orientierung an bestimmten religiösen Werten mag für religiöse Menschen selbstverständlich sein, wird

jedoch von außen, von Menschen, die wenig Verständnis für Religionen an sich aufweisen, häufig verzerrt und missverständlich dargestellt. So schrecken viele Menschen bei Muslimen zurück, wenn diese berichten, dass sie sich aufgrund ihrer religiösen Überzeugung ehrenamtlich engagieren würden, denn im Namen ihrer Religion werden ebenfalls aus vermeintlicher "Überzeugung" leider viel zu oft Gräueltaten begangen. Doch was heißt Engagement in den muslimischen Communities heute? In den Moscheegemeinden werden Sprachkurse, Sozialberatung, Treffen für Ältere wie für Kinder und Dialogveranstaltungen angeboten. Und während medial und politisch sehr stark – und das zurecht! – das Engagement Millionen von Ehrenamtlichen gerade in der Flüchtlingsarbeit gewürdigt wird, wird oft verkannt, dass auch sehr viele Muslime diese in Deutschland besonders starke Ehrenamtskultur leben: So ergab der "Religionsmonitor 2017" der Bertelsmann Stiftung, dass 30 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime sich ehrenamtlich engagieren, in der Flüchtlingsarbeit sind sogar 44 Prozent aktiv.

Als Christen, Muslime, Juden, Anders- und Nichtglaubende sollten wir uns gemeinsam engagieren und bedenken, dass wir Menschen verschiedene Identitätsmarker haben und eben nicht nur auf die Religionszugehörigkeit reduziert werden können. Als Kolleginnen und Nachbarn, als Freunde und Partner und in vielen anderen Rollen sollten wir im Alltag unser Umfeld wahrnehmen. Wir alle, als breite Öffentlichkeit, müssen immer wieder aufs Neue das Gefühl vermitteln, dass die Freiheitsrechte des Grundgesetzes die Grundlage unserer täglichen Arbeit bilden. Wir müssen die Werte, die aus diesen Freiheitsrechten hervorgehen, leben und kontinuierlich gegen alle Widersacher der Demokratie – gegen Populismus, Extremismus und Hetze – verteidigen. Jeder hat Mitverantwortung dafür, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt, auch durch die Verbesserung unserer Debattenkultur im Allgemeinen und des interreligiösen Dialogs im Besonderen in Zeiten von Populismus und "Fake-News".

Cemile Giousouf MdB

Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Gesprächskreis "Christen und Muslime" beim ZdK

Bildung Religion

Religionsunterricht: Debatte als Chance begreifen

Die zivilisierende Funktion stärken

Berlin ist bekanntlich eine sehr weltliche Stadt: Mehr als 60 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind nicht konfessionell gebunden; den beiden großen christlichen Kirchen gehört nicht einmal ein Drittel der Menschen dieser Stadt an; die übrigen verteilen sich auf 250 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Nach dem gescheiterten Volksentscheid "Pro Reli" gab es in der Hauptstadt nur noch wenig Debatte über den Religions- und Weltanschauungsunterricht, der hier bloßes Wahlfach ist. Geändert hat sich dies seit dem Einzug der AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus.

Seitdem gibt es nahezu in jeder Plenarsitzung Anti-Islam-Anträge, auch über den Religionsunterricht wurde auf Antrag der AfD schon debattiert. Paradoxerweise aber liegt in der Tatsache, dass die Rechtspopulisten so offensichtlich religionsfeindlich agieren, eine Chance: die Chance auf eine zukunftsweisende Debatte über Religion in einer pluralen Gesellschaft, über das friedliche und von Respekt getragene Zusammenleben von Menschen verschiedenster Religionen und ohne Religion. Das gilt nicht nur für Berlin.

Denn es stehen Fragen erneut auf der Agenda, von denen in den vergangenen Jahren viele gedacht – und manche gehofft – hatten, sie würden sich in absehbarer Zeit von allein erledigen, durch den Mitgliederschwund in den Kirchen und die wachsende Zahl von Menschen ohne Religion oder Weltanschauung.

Im Blick auf den Religionsunterricht geht es erstens darum, seine zivilisierende Funktion zu stärken: Ein Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, der offen für die kritische Reflexion und die Auseinandersetzung mit anderen Positionen ist, kann Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern machen und gegen Radikalisierung immunisieren.

Zweitens kann Religionsunterricht Schülerinnen und Schüler fit machen für das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft. Allerdings nur, wenn die Begegnung und der

Dialog zwischen den Kindern und Jugendlichen verschiedener Bekenntnisse sowie derjenigen ohne Bekenntnis organisiert und in den Stundenplan eingebaut wird.

Ein Schulfach "Ethik und Religionskunde" für alle kann beides nicht gleichermaßen leisten. Denn die Auseinandersetzung mit der eigenen religiösen Identität bzw. der religiösen Identität der Eltern und der religiösen Tradition der eigenen Familie braucht Lehrkräfte bzw. Bezugspersonen, die dieses Bekenntnis authentisch vertreten, anstatt lediglich mit der gebotenen wissenschaftlichen Distanz darüber zu dozieren. Jemand, an dem Schülerinnen und Schüler sich mit ihren Fragen und ihrer Kritik auch reiben und dabei allmählich zur Entscheidung für oder gegen dieses Bekenntnis kommen können.

Dennoch gibt es zugleich ein wachsendes Bedürfnis nach einem Fach, in dem unabhängig vom eigenen Bekenntnis über Wertefragen gesprochen, Urteilsfähigkeit gestärkt und auch Wissen über Religionen und Weltanschauungen vermittelt wird. Ethik und Religionskunde gehören an die Schulen, und sie sind mehr als ein Ersatzfach für die Nicht-Religiösen. Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sollten dieses Ansinnen ernst nehmen und es nicht nur als versteckte Attacke auf den bekenntnisförmigen Religionsunterricht begreifen.

Zugleich braucht es Antworten auf die Frage, wie denn der wachsenden Vielfalt der religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse in der Unterrichtspraxis Rechnung getragen werden soll. Überlegungen zu konfessionsübergreifenden Kooperationen der christlichen Kirchen gehen in die richtige Richtung, greifen aber letztlich zu kurz. Ich wünsche mir, dass sich die katholische Kirche offensiv und ohne Angst an der neuen Debatte über die Zukunft des Religionsunterrichts beteiligt und sie als Chance begreift. Meine Partei wird ihren Beitrag zu dieser Debatte leisten; wir haben soeben einen Diskussionsprozess begonnen mit dem Ziel, grüne Leitsätze für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde zu entwickeln.

Bettina Jarasch

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
Mitglied des Bundesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

8 Integration Gesellschaft

Integration funktioniert, wenn sich alle ändern?!

Gemeinsam neue Wege finden und gehen

"Wir bestehen alle nur aus buntscheckigen Teilen, die unterschiedlich lose zusammenpassen. Jedes spielt sein eigenes Spiel. Und es stellt sich heraus, dass es so viele Unterschiede zwischen uns und uns selbst gibt wie zwischen uns und den anderen." Frei nach Michel de Montaigne (1533 - 1592), Essais 2

Mitte letzten Jahres titelte Die Zeit: "Deutschtürken fühlen sich integriert, aber im Abseits". Im Auftrag des Exzellenzclusters "Religion und Politik" der Universität Münster hatte Emnid eine repräsentative Untersuchung erstellt zum Thema "Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland"¹. Es wurden Menschen ab 16 Jahren aus der ersten, zweiten oder dritten Zuwanderungsgeneration mit deutscher oder türkischer oder mit beiden Staatsangehörigkeiten befragt.

Die Ergebnisse der Befragung kann man, wenn auch etwas zugespitzt, durchaus so verstehen wie die Zeit-Überschrift. Die Integration der Menschen, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern aus der Türkei stammen, ist erstaunlich gut gelungen, wenn es um die Frage der Deutschkenntnisse, der Bildungsabschlüsse, der Integration in den Arbeitsmarkt oder auch der Gesetzestreue geht. Das ergeben viele repräsentative, qualitative oder vergleichende Untersuchungen der letzten Jahre.

Gleichzeitig gibt es in den Ergebnissen immer wieder deutliche Hinweise darauf, dass sie sich in Deutschland nicht akzeptiert und respektiert fühlen. Das findet sich übrigens nicht nur für türkischstämmige Menschen, sondern auch für andere Zuwanderungsgruppen in den Untersuchungen. Fast alle können von Erfahrungen mit Vorurteilen und alltäglicher Diskriminierung berichten. Für nicht wenige erscheint der Weg in die "Opferrolle" dann nur plausibel. Gleichzeitig gibt es einige Menschen ohne Migrationshintergrund, die sich lautstark als Opfer der Zuwanderung,

die sie diskreditieren, bezeichnen.

Das kann keine gute Station sein auf dem Weg zu einem guten Miteinander in dieser Gesellschaft. Auch wenn Integration viel zu lange ein Thema zweiter Klasse war, ist in den Schulen, im Arbeitsleben, in Nachbarschaften und Vereinen vieles an Integrationsarbeit erfolgreich geleistet und erreicht worden. Aber Integrationserfolg bemisst sich eben nicht allein in guten Sprachkenntnissen, erfolgreichen Bildungsabschlüssen und Wegen in einen Beruf. Er braucht darüber hinaus ein Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Gesellschaft. Das wiederum setzt voraus einen respektvollen Umgang miteinander, den Abbau von Diskriminierung, konstruktive Aktivitäten zur gemeinsamen Gestaltung des Gemeinwesens und Begegnung, Begegnung und nochmals Begegnung.

Dazu gehört die Einsicht, dass kulturelle Vielfalt nicht erst heute Motor für die Kreativität und die Zukunftsfähigkeit ist. Leben mit Vielfalt führt zwangsläufig zu größeren und kleineren Veränderungen in vielen Lebensbereichen, auch im Alltag. Solche Veränderungen lösen wiederum oft Zukunftsängste und Sorgen aus. Zurzeit erleben wir, wie dies für rechte und zum Teil extreme politische Ziele instrumentalisiert wird.

Was Integration braucht, wenn sie denn wirklich erfolgreich sein soll, ist die Bereitschaft aller, Veränderungen wahrzunehmen, gemeinsam neue Wege zu finden und zu gehen. Damit eröffnen sich neue Horizonte für alle. Ohne aktive Teilhabe bleibt Integration bei den Hinzugekommenen auf halbem Wege stecken, und bei den anderen werden Verlust- und Absturzängste wachsen. Nötig ist ein fairer, ein konstruktiver gesellschaftlicher Diskurs über das Fundament und den Rahmen für das Zusammenleben, d. h. über nicht aufgebare Grundrechte und Pflichten für jeden, aber auch darüber, was zu verändern ist, damit gleichberechtigt und gemeinsam die Zukunft des Gemeinwesens gestaltet werden kann. Nur das fördert die Erfahrung, dass eine freiheitliche, auf demokratischen und solidarischen Grundsätzen fußende Gesellschaft "meine Gesellschaft" wird, zu der ich gehören will.

¹ https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist_mmiger.pdf

| Gabriele Erpenbeck

Vorsitzende des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK.

Schöpfung

Klima

Für einen ambitionierten Klimaschutz!

Die besondere Verantwortung der Wohlhabenden

Seit der industriellen Revolution kommt der Nutzung fossiler Energieträger für die Menschheit eine essentielle Bedeutung zu. Weltweit über sieben Milliarden Menschen auf der Erde sind angewiesen auf die Erzeugung von Industriegütern und Nahrungsmitteln, die ohne Verbrennungskraftmaschinen aktuell nicht zu bewältigen wäre. Technischer Fortschritt und die Nutzung verschiedener Energieträger helfen dabei, Armut zu verringern, Hunger auf der Welt zu vermeiden und der Menschheit in unterschiedlichem Maß zu Wohlstand zu verhelfen. Gleichwohl gibt es auch eine Kehrseite der Entwicklung: Durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas emittiert die Menschheit heute jährlich klimaschädliche Gase wie CO₂ in ungeahnten Mengen. Die moderne Nahrungsmittelproduktion, insbesondere die Tierhaltung, trägt mit dem Ausstoß von klimaschädlichem Methan einen weiteren wichtigen Anteil.

Längst haben die durch Menschen verursachten Emissionen Einfluss auf das Klima auf unserem Planeten. Weltweit anerkannte Forscherinnen und Forscher beobachten eine Zunahme der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde um etwa 1.1 Grad im Vergleich zu der Zeit vor der Industrialisierung¹. Immer weitere Temperaturrekorde lassen uns zudem im Alltag einen spürbaren Eindruck des Klimawandels erleben. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben zudem im letzten Bericht des IPCC dargelegt, dass allein aufgrund der weltweiten Emissionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine globale Erderwärmung von etwa 2 Grad nach aktuellem Wissensstand unausweichlich erscheint². Das veränderte Klima hat Einfluss auf Menschen, Tiere und Pflanzen. Insbesondere in den südlichen Teilen Afrikas und Asiens führt die Erwärmung zu Trockenheit und zunehmender Desertifikation. Der Entzug von Lebensraum und erschwerte oder verhinderte Möglichkeiten des Nahrungsmittelanbaus sind die tragische Folge dieser Entwicklung, die schlussendlich ihrerseits zu Armut, Hunger und Flucht führt.

¹ World Meteorological Organisation: "Climate breaks multiple records in 2016, with global impacts" (21/03/2017)

² Intergovernmental Panel on Climate Change: "Climate Change 2014"

Ein Charakteristikum des Klimawandels liegt darin, dass große Industrienationen zwar wesentlich für die schädlichen Emissionen der Gegenwart wie der vergangenen Dekaden verantwortlich, hingegen aufgrund der Geographie vergleichsweise weniger direkt von den Auswirkungen betroffen sind. Gerade weil der Wohlstand, für den auch Länder wie Deutschland dankbar sein dürfen, in den vergangenen Jahrzehnten mit einem unglaublich großen CO₂-Ausstoß verknüpft ist, ist auch die besondere Verantwortung der Wohlhabenden für einen ambitionierten Klimaschutz gegeben.

Angesichts der Klimakonferenzen der vergangenen Jahre ist die Frage berechtigt, warum auch 2017 die Thematik nicht aus dem Blick geraten darf. Gab es doch insbesondere auf dem letzten großen Klimagipfel in Paris unter vielen Ländern einen Konsens, auf eine Reduktion der Emissionen hinzuwirken, sodass eine über 2 Grad hinausreichende Erderwärmung verhindert wird. Die damit notwendig werden den Veränderungen an unserer Verhaltens- und Lebensweise und die industriellen Prozesse sind extrem herausfordernd – sei es für jeden einzelnen oder für die Gesellschaft insgesamt. Bedenklich ist die Beobachtung, dass von verschiedenen Verantwortungsträgern selbst wissenschaftlich belegte Zusammenhänge verneint und die Folgen des Klimawandels schlichtweg negiert werden. Das Außerkraftsetzen von Klimaschutzbestimmungen in den USA durch den neu gewählten Präsidenten ist dabei aber nur eine besonders schmerzliche Folge einer Meinung, die nicht auf Amerika beschränkt ist. Auch in Europa sind die Stimmen, die die Anstrengungen des Klimaschutzes im Hinblick auf wirtschaftliche und sozioökonomische Gegebenheiten zurückfahren wollen, nie verstummt. Weil die Folgen des Klimawandels für das Ökosystem der Erde so gravierend sind und sie den Lebensraum des Menschen insgesamt bedrohen, insbesondere im Hinblick auf zukünftige Generationen, erscheint mir eine Politik ohne ambitionierte Anstrengungen im Klimaschutz unverantwortlich. Die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung erfordert eine Kontinuität im Handeln, wie Papst Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato si'" schreibt. Es mag einen Diskurs geben, auf welchen Wegen klimaschädliche Emissionen am wirksamsten reduziert werden, am gemeinsamen Ziel darf es hingegen keine Zweifel geben.

Dr. Michael Lentze

Programmdirektor "Gruppe Chemie und Ingenieurwissenschaften 2", Deutsche Forschungsgemeinschaft

Wirtschaft Welthandel

Wohlstand durch Welthandel – für uns und für diejenigen, die unserer Solidarität bedürfen!

Für einen fairen Interessensausgleich

Peter Kardinal Turkson, der aus Ghana stammende Präsident des päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, wurde auf einer Konferenz in Osteuropa gefragt, wo die Katholische Soziallehre am weitgehendsten verwirklicht sei. Seine Antwort: Deutschland! Und dann verwies er sachkundig auf die Soziale Marktwirtschaft. Diese ist sicher nicht perfekt und im Sinne eines "semper reformanda" stets weiterzuentwickeln, aber sie ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Dass dieser stark auch auf der Leistungsfähigkeit und den Exporterfolgen unserer Industrie beruht, ist allgemein anerkannt, teilweise werden die Exporterfolge auch kritisiert.

Ein wesentlicher Aspekt der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist die hohe Spezialisierung vieler Unternehmen. Die durch Arbeitsteilung erhöhte Produktivität ist ein Grund, warum in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten auch weltweit die Armut in einem Maße zurückgegangen ist, das in der Menschheitsgeschichte einmalig ist. Auf dem Misereor-Unternehmerforum hat Prof. Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik dazu vor einiger Zeit eine eindrucksvolle Graphik präsentiert. Ohne den Abbau von Zollschränken und anderen Handelshemmnissen in den vergangenen Jahrzehnten gäbe es weder diese starke Reduzierung der weltweiten Armut noch den enormen Wohlstand in Deutschland in diesem Maße.

Klar ist dabei aber auch: Arbeitsteilung und weltweiter Handel sind nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Wohlstand für alle. Rechtsstaatlichkeit und soziale Sicherungssysteme in den einzelnen Ländern sowie klare Regeln und ein Ordnungsrahmen für Handel und Wettbewerb – national und weltweit – müssen hinzukommen. Hier ist noch viel zu tun, allzu oft gilt immer noch mehr das Recht des Stärkeren, als dass das Recht auch für den Stärkeren gilt. Eigentlich gibt es einen breiten Konsens,

dass eine faire Ordnung des Welthandels auf internationaler Ebene möglichst weltumfassend etabliert werden soll, also multilateral – und nicht bilateral. Leider ist die sogenannte "Doha-Verhandlungsrunde" im Rahmen der Welthandelsorganisation gescheitert. Wir hätten die Kontroversen über die transatlantischen Handelsabkommen TTIP und CETA oder über die Abkommen zwischen der EU und den Entwicklungsländern (EPA) nicht, wenn wir statt dieser bilateralen Abkommen ein multilaterales Abkommen hätten bzw. anstreben würden. Mit einem solchen Abkommen, das weltweit alle Länder und Handelsblöcke umfassen und ihre jeweiligen Interessen berücksichtigen und zum Ausgleich bringen würde, wäre dem globalen Gemeinwohl am besten gedient. Dies ist natürlich eine Herkulesaufgabe, und das Scheitern der Doha-Runde liegt neben den unterschiedlichen Interessen auch an der enormen Komplexität weltweiter Handelsbeziehungen. Doch auch eine Vielzahl bilateraler Abkommen hat diese und weitere Probleme, wie das (vorläufige) Scheitern der transpazifischen und transatlantischen Handelsgespräche zeigt.

National(istisch)e Lösungen sind der völlig falsche Weg. Die Vertreter dieses Lösungsansatzes müssen sich fragen lassen, ob sie an einem fairen Interessensausgleich interessiert sind, oder ob es ihnen um das Durchsetzen des Rechts des (vermeintlich) Stärkeren geht. Für unsere mittelständisch geprägte Exportwirtschaft ist es ebenso wie für die Entwicklungsländer von Vorteil, wenn nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Recht auch für den Stärkeren gilt. In Europa haben wir uns zu einem gemeinsamen Markt zusammengeschlossen, in dem nach innen für alle die gleichen Regeln gelten und der durch diese Gemeinschaft nach außen stark ist. Diese Stärke nach außen ist ein unschätzbare Vorteil gegenüber anderen 'Starken' auf der Welt. Wir sollten aber die Erfahrung, dass die Stärke nach außen auch den Schwachen innerhalb der Gemeinschaft zugute kommt, immer mitdenken, wenn es um die 'Schwachen' außen geht, vor allem die Entwicklungsländer auf unserem Nachbarkontinent Afrika. 'Wohlstand für alle' ist das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn die Rahmenordnung stimmt, dann sind weltweite Arbeitsteilung, Weltoffenheit und eine die ganze Welt umspannende multilaterale Handelsordnung das, was der Katholischen Soziallehre entspricht. Katholisch im Wortsinne heißt ja auch: die ganze Welt umspannend!

| [Martin Wilde](#) |

Geschäftsführer Bund Katholischer Unternehmer e. V.

Familien Lebensräume

Gleichberechtigung im Lebensverlauf stärkt Familien

Gute Rahmenbedingungen für soziale Bindungen, gelingendes Aufwachsen und gute Pflege schaffen

Sie kennen die Werbung aus den 50er Jahren: eine lächelnde, hübsch frisierte Dame über dem dampfenden Suppentopf. Eine männliche Stimme sagt: "Sie wissen ja, eine Frau hat zwei Lebensfragen: Was soll ich anziehen und was soll ich kochen?" Dieses Werbebild gab einen Teil der realen Lebensverhältnisse wieder und spiegelte das mehrheitliche politische Leitbild. In der "bürgerlichen Familie" sollte nach den Erfahrungen von staatlicher Indoktrination die ideale Keimzelle für den demokratischen Staat liegen. Natürlich hatten die Frauen seit jeher viel mehr und ganz andere Fragestellungen als in der Werbung genannt. Besonders nach dem Krieg fehlten in vielen Familien die Männer, und Frauen übernahmen Aufgaben in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

Die Weimarer Verfassung stellte in Art. 119 WRV (1) die Ehe als Grundlage des Familienlebens unter den besonderen Schutz und ergänzte: "Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter [...]". Nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen standen mit Artikel 3 (Allgemeine Gleichheit) und 6 (besonderer Schutz von Ehe und Familie) im Grundgesetz die beiden Normen nicht mehr in so einmütiger Nähe. Lange Zeit standen sie sogar eher im Widerstreit, z. B. was die Aufteilung der Rollenbilder anbelangt.

Die große familienpolitische Herausforderung ab 1945, zumindest in Westdeutschland, war, die wirtschaftlichen Lasten der Familie auszugleichen, um die Möglichkeit zu schaffen, Kinder von der Mutter betreuen und erziehen zu lassen. Durch steuerliche Entlastungen, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse, die Hinterbliebenenrente und das Kindergeld wurde die Herausforderung gemeistert.

Heute besteht die große Herausforderung darin, Familien so zu fördern, dass Kindern gutes Aufwachsen ermöglicht wird und dass Frauen und Männer ausreichend Zeit für Sorge und Pflege, für tragfähige Beziehungen haben und dies mit be-

ruflichen Zielen vereinbaren können. Das Gutachten zum 2. Gleichstellungsbericht von 2017 sagt: "Viele rechtliche Rahmenbedingungen begünstigen allerdings, dass Männer sich auf die Einkommenserzielung konzentrieren, während Frauen unbezahlte oder unterbewertete Sorgearbeit verrichten, die keine dauerhafte eigenständige Existenzsicherung ermöglicht." Die Notwendigkeit der eigenständigen Existenzsicherung ist aber spätestens seit der Reform des Unterhaltsrechtes 2008 mehr als offensichtlich. Seither ist die Sicherung des Lebensstandards der EhepartnerInnen nach der Beendigung der Ehe nicht mehr garantiert.

Zur Unterstützung partnerschaftlicher Arrangements in Familien sind in den vergangenen Jahren einige gute Maßnahmen eingeführt worden: z. B. das Elterngeld/Elterngeld Plus. Wirkungsvoll ist auch der Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige.

Es ist ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen zu verzeichnen. Dennoch manifestiert sich ihr Armutsrisiko, besonders bei alleinerziehenden Frauen. Teilzeitstellen und vor allem geringfügige, steuer- und sozialversicherungsprivilegierte Beschäftigungen wirken sich negativ auf die eigenständige wirtschaftliche Stabilität von Frauen aus.

Das Zusammenspiel von Ehegattensplitting, beitragsfreier Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Minijobs) müssen überdacht werden. Alleinerziehende müssen einen dynamischeren Entlastungsbetrag im Steuerrecht erhalten, und besonders für junge Mütter und Väter sind Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Teilzeit auszubauen. Es ist noch viel zu tun, um Frauen im Lebensverlauf die gleichen Chancen zu ermöglichen. Mindestens genauso viel ist zu tun, um Frauen und Männern genug Zeit für Familien zu verschaffen. Der Aufbau verlässlicher Bindungen und Beziehungen erfordert Zeit und Freiräume. Bildung, Betreuung und Pflege müssen infrastrukturell gut unterstützt und qualitativ hochwertig ausgebaut werden. Unternehmen und der öffentliche Sektor müssen unterstützt werden, familienbewusste Erwerbsarbeit auch für Führungspersonen zu etablieren.

| **Nadine Mersch** |

Leiterin der Stabsstelle "Sozialpolitik und Öffentlichkeitsarbeit" beim Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Werben für das Geschenk des Lebens

Das deutsche System der Schwangerschaftskonfliktberatung hat sich bewährt.

Bestimmte Gruppen fordern von Zeit zu Zeit unter Berufung auf das Bundesverfassungsgericht, das geltende System der Schwangerschaftskonfliktberatung zu überprüfen. Es sind dies regelmäßig jene Kreise, denen die gegenwärtige Regelung insgesamt ein Dorn im Auge ist, und die sich, soweit katholisch verortet, nachdrücklich gegen die Beteiligung der katholischen Beratungsstellen hieran gewendet haben und die nun die Arbeit von donum vitae ablehnen.

Liest man freilich die in Bezug genommene Entscheidung vom 28. Mai 1993, so bleibt kein vernünftiger Zweifel daran möglich, dass das geltende Konzept den Schutz des ungeborenen Lebens eindeutig am besten erreicht und deshalb auch beizubehalten ist. Das BVerfG führt dort zunächst aus, die vielfältigen strafrechtlichen Regelungen, vom vollständigen Verbot seit 1871 bis zur differenzierten Indikationenlösung von 1976, hätten sämtlich nicht verhindert, dass Abtreibung eine Massenerscheinung blieb. Es hält dann fest: Schon dem Ungeborenen kommt bereits ab der Empfängnis Menschenwürde zu. Der Staat hat es deshalb grundsätzlich auch gegen seine Mutter zu schützen. Diese ist bis auf Ausnahmefälle rechtlich verpflichtet, das Kind auszutragen. Der Abbruch der Schwangerschaft ist grundsätzlich rechtswidrig und vom Staat unter Strafandrohung zu verbieten.

Es folgt die Erkenntnis, dass ein wirksamer Schutz des unge-

borenen Lebens nur mit der Mutter, aber nicht gegen sie möglich ist. Folgerichtig ist der Gesetzgeber zum geltenden Beratungskonzept übergegangen, mit dem laut BVerfG "die Schutzwirkung für das werdende Leben maßgeblich durch die beratende Einflussnahme auf die einen Schwangerschaftsabbruch erwägende Frau erreicht werden soll". Ein grundlegender Paradigmenwechsel also: Werben für die Annahme des werdenden Lebens statt Strafandrohung. Sowohl im Vergleich mit den vielfältigen früheren deutschen Regelungen wie auch im internationalen Vergleich hat sich dieses Beratungskonzept nachhaltig bewährt. Es ist nicht erkennbar, welches andere Schutzkonzept auch nur annähernd vergleichbar wirksam sein sollte. Die eine Überprüfung fordernden Kreise legen jedenfalls keine überzeugende Alternative vor, so dass man den Eindruck gewinnen könnte, es gehe mehr um die reine Lehre als den bestmöglichen Schutz des einzelnen Ungeborenen. Die deutschen Bischöfe hatten die mit der Beratungspflicht verbundene Chance erkannt, im Gespräch mit der Schwangeren für die Annahme des werdenden Lebens zu werben. Aus demselben gutem Grunde haben sie sich weitgehend gegen den angeordneten Rückzug gewehrt. Umso dringender war es die Aufgabe der katholischen Laien, diesen historischen Fehler ihrer Kirchenleitung durch den Aufbau von donum vitae auszugleichen. Mit der Bereitschaft, eine zum Leben hin ermutigende Beratung gegebenenfalls auch zu bescheiden, wahrt nun donum vitae die Chance, in doppelter Anwartschaft für das werdende Leben – das sonst häufig keinen Fürsprecher findet – und für die Schwangere zu einer Annahme dieses Geschenks des Lebens die entscheidende Hilfestellung zu leisten. Naturgemäß findet diese Beratung in einem bergenden Raum statt, damit die Schwangere sich dort öffnen und ihrer Verantwortung stellen kann. Sie kann nicht so plakativ wirken wie Forderungen nach strengeren Gesetzen, Aufmärsche mit Kreuzen oder die Verteilung von Plastikembryos. Müssen wir aber nicht die Fragen des Weltenrichters, wie sie sich in den sieben Werken der Barmherzigkeit widerspiegeln, ergänzen: Ich war schwanger, und ihr habt mir zur Seite gestanden; ich war ungeboren, und ihr habt mir zum Leben verholfen? Und wo könnten wir das dann besser tun als im unmittelbaren Beratungsgespräch mit der Schwangeren, als im Werben um das Ja zum Geschenk des Lebens? Das geltende Recht eröffnet uns diese Chance.

| Dr. Olaf Tyllack

Rechtsanwalt, stellv. Bundesvorsitzender donum vitae

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner